

Spangenberg Zeitung.

Ämtlicher Anzeiger
für die
Stadt Spangenberg.

Erscheint wöchentlich zweimal:
Mittwoch und Sonnabend nachmittags.
Abonnementspreis vierteljährlich frei ins Haus
1,20 M., durch den Briefträger gebracht
1,30 M., monatlich 40 Pf.

**Allgemeiner
für Stadt**

Telefon Nr. 27.

Schreib- und Druck u. Verlag



**Anzeiger
und Land.**

Telefon Nr. 27.

Hugo Munzer, Spangenberg.

Ämtsblatt
für das

K. Ämtergericht Spangenberg

Anzeigengebühren:
Die halbpallene Zeile über dem Raum 15 Pf.
für auswärtige 20 Pf., Restameile 30 Pf.
Bel. groß. Aufträgen entsprechender Rabatt.
Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 102.

Donnerstag, den 23. Dezember 1920.

13. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Reichsnotopfer.

Es wird zum letzten Mal auf die Vergünstigung bei
Abzahlung auf das Reichsnotopfer hingewiesen. Eine
Verminderung der Frist, binnen welcher selbstgezeichnete
Scheine zum Vorzugskurs in Zahlung gegeben werden
kann, wird nicht stattfinden. Um Stockungen in der
Abzahlung zu vermeiden, empfiehlt es sich, nicht etwa
zu den letzten Dezembertagen zu warten. Es besteht
die Gefahr, daß Zahlungen unter Umständen zurück-
gehalten werden müssen. Namentlich bedarf bei Voraus-
zahlung mit Kriegsanleihe der Nachweis der Selbstzeich-
nung genauer Prüfung, auf die immerhin einige Zeit
verwendet ist. Andererseits sind bekannter Weise sämt-
liche Klassen um die Jahreswende schon immer überlastet
gewesen.

Deshalb muß die hiesige Finanzkasse am 24. und 31.
den Publikumsverkehr geschlossen werden.
Wer also die Vorauszahlung verzögert, muß sich
die Nachteile selbst zuschreiben.
Das Finanzamt ist bereit, jeder Zeit Auskunft über
voraussichtliche Höhe des Notopfers zu geben.
Melsungen, den 16. Dezember 1920.
Finanzamt.

Geschäftszeit der Finanzkasse.

Die Finanzkasse ist künftig am letzten Werktag jeden
Monats für den Publikumsverkehr geschlossen.
Am 24. Dezember bleibt die Kasse ebenfalls geschlossen.
Melsungen, den 16. Dezember 1920.
Finanzamt.

Mehl-, Brot-, Milch- und Butterpreise. Brotpreise und Brotstreckung.

Unter Aufhebung der bisherigen Brot- und Mehl-
preise vom 3. September d. Js. — Tageblatt Nr. 205 —
werden mit Wirkung vom 6. Dezember d. J. folgende
Mehlpreise festgelegt:

- für 90 % Mehl, soweit Bestände noch vorhanden sind:
1. Roggenbrot, 1 Brot zu 4 Pfd. 4,20 M.
2. Roggenmehl, 1 Pfd. 1,20 M. (Kleinhandelspreis)
3. Weizenmehl, 1 Pfd. 1,25 M.

2. für 85 % Mehl:

- Für die Abgabe auf Brotkarte des Kreises:
1. Roggenbrot, 1 Brot zu 4 Pfd. 4,30 M.
2. Brötchen (Semmel), 50 Gr. das Stück 15 Pf.

B. Für die Abgabe auf Reisbrotmarken:

- Roggenbrot, 1 Brot zu 4 Pfd. 4,50 M.
2. Brötchen (Semmel), 50 Gr. das Stück 16 Pf.

Auf Reisbrotmarken darf Mehl nicht abgegeben
werden.

C. Kleinhandelspreise für Mehl:

- Roggenmehl, das Pfund 1,25 M.
2. Weizenmehl, das Pfund 1,30 M.

Durch die Verordnung über die Bereitung von Back-
waren — Melsungen Tageblatt Nr. 249 — müssen bei
der Herstellung von Brot und Kleinbäck neben 90 Ge-
wichtsteile Mehl 10 Gewichtsteile Streckungsmittel ver-
wendet werden.
Die Streckung wird vom 6. Dezember ab durchge-
führt. Es darf daher von diesem Zeitpunkt ab kein Brot
ohne Streckungsmittel bereitet und kein Mehl ohne Streckungs-
mittel abgegeben werden.

Milch- und Butterpreise.

Vom 1. Dezember beträgt der Preis für Vollmilch
einem Durchschnittsgehalt von 3 % 1,40 M. für das
Liter ab Stall.

Der Erzeugerpreis für Landbutter wird auf 15.—
pro Pfund festgelegt.

Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt:

- für Molkebutter 19,00 M. je Pfund,
b) für Landbutter 17,50 M. je Pfund.

Melsungen, den 29. November 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Abgabe von Militärpferden.

Nach einem Erlaß des Reichsministeriums werden die
besitzenden Pferde der Landwirts-
schaftsämter nicht mehr zum Verkauf überwiesen. Es
sind vielmehr seitens der Truppenteile in Zukunft Ver-

steigerungen statt, zu denen nur solche Personen die sich
durch einen Berechtigungsschein ausweisen können, zuge-
lassen werden.

Anträge sind unter näherer Begründung durch Ver-
mittlung der Ortsbehörde an das Landratsamt zu richten.
Melsungen, den 17. Dezember 1920.
Der Landrat.

Ersatz für Butter.

Infolge der großen Milchnot in Frankfurt und Schmal-
lauden müssen täglich 600 Liter ausgeführt werden.

Denzufolge ist es unmöglich, alle Versorgungsbedür-
ftigen wöchentlich mit Butter versorgen zu können.
Die wöchentliche Schmalzration beträgt bis auf wei-
teres 50 Gramm auf die Fettmarkte.

Melsungen, den 17. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Aus Spangenberg's Geschichte

Die Aufzählung „Aus Spangenberg's Geschichte“ be-
ruht auf eigener bekannter Chronik der Stadt. Die Schild-
derung der geschichtlichen Vorgänge wie lehnt sich, was
den Inhalt betrifft, streng an die Chronik an. Von eini-
gen Ergänzungen, die allgemein bekannte Tatsachen be-
treffen, sei hierbei abgesehen.

Die Darstellung der Lebensgeschichte des Ober-Poli-
zeidirektors von Manger (Nr. XII der Aufzüge) trug nur
dem Zeitungsverlag eine Entgegnung aus dem Verkekreise
ein. Frau Anna Bälke, geborene Bistot zu Melsungen,
Tochter des letzten Kommandanten der Feste Spangenberg,
hat sich zu der Angelegenheit geäußert. Aus ihren Mit-
teilungen ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu entnehmen,
daß der Chronist Herrn von Manger mit dem Leutnant
Clamor von Bork verwechselt.

Die Auslassungen der Frau Bälke enthalten eine
Reihe von Einzelheiten, die nicht der Anteilnahme gewisser
Kreise entbehren dürften. Das Material wird daher, so-
weit es den Gegenstand behandelt, an dieser Stelle ver-
öffentlicht werden.

XV.

Am 23. Juni 1866 begab sich der Kurfürst von
Hessen in die Kriegsgefangenschaft (Stettin). Untern 3.
Oktober 1866 wurde das Kurfürstentum mit dem König-
reich Preußen vereinigt, so daß seit dieser Zeit Spangen-
berg eine preussische Stadt ist. Am 1. April 1867 ist die
Feste Spangenberg aufgehoben worden. Die Garnison-
kompagnie, 30 Mann zählend, wurde aufgelöst. Die
Mannschaften wurden mit ihren vollen Bezügen entlassen.

Der letzte Kommandant der Feste, war Major Bistot.
Seine Vorgänger waren, der Zeitfolge nach rückwärts
aufgeführt, folgende Stabsoffiziere: Obristleutnant Weber
(seit dem 28. Mai 1838), Obrist von Schmidt, Ronne-
berg, Ernst, Obristleutnant Scheer. Als letzter Führer
der Garnison-Kompagnie ist Premierleutnant Schmidt (seit
1865) zu verzeichnen. Vorher ist der Posten von nach-
verzeichneten Offizieren, ebenfalls in umgekehrter Reihen-
folge genannt, besetzt worden: Hauptmann Braun (seit
1852), Hauptmann Gimpel (1848 bis 1852), Hauptmann
Ghringhaus (1840 bis 1848), Premierleutnant Henkel
(1838 bis 1840), Hauptmann von Vogt (bis 1838).

Zu XII.

1.

Frau Anna Bälke, geborene Bistot schreibt:
„Vielleicht verwechselt Ihr Berichterstatter Herrn von
Manger mit dem wegen vorläufiger Tötung zu 18jähriger
Zuchthausstrafe verurteilten Leutnant Clamor von Bork.
Besseren Betragen zu so strengen Maßregeln Anlaß bot.
Im Laufe der Jahre stellte sich bei von Bork ein körper-
liches und Gemütsleiden ein, welches sich in Schimpfer-
schreien und schließlich in Tobsuchtsanfällen äußerte.
Besonders daß brachte er dem damaligen Arrestanten-
führer Ruhnau entgegen, dem er nach dem Leben trachtete,
weßwegen sich derselbe nur unter militärischer Begleitung
in seine Zelle begab. Auf wiederholte Vorstellungen des
damaligen Kommandanten, des Oberleutnants Weber,
wurde von Bork am 12. August 1858 unter Gendarmen-
begleitung nach Cassel ins Landratsamt übergeführt.
Diese Sache entnahm ich einem Correspondenz-Register der
der Feste Spangenberg.“

Was nun die Haft des Herrn von Manger betrifft,
so weiß ich aus authentischer Quelle, daß derselbe seine
Familie (Gattin, zwei Töchter und einen Sohn) auf der
Feste bei sich haben durfte und für ihn eine Wohnung im

rechten Seitenflügel des Schlosses eingerichtet wurde, da-
wo heute die Lehrsäle sind. Es waren drei Zimmer und
Rüche mit herrlicher Aussicht gen Morgen, und standen
die Räume mit einseitigen Parkettböden in Verbindung. Auch
einen reizenden Garten auf dem Wall durfte sich Herr
von Manger arlegen. Bis zum Umbau des Schlosses
hieß beides: „Manger'sche Wohnung“ und „Manger'scher
Garten“. Von den strengen Bewachungen des Herrn von
Manger ist mir niemals etwas zu Ohren gekommen. Im
Sommer des Jahres 1831 verließ Herr von Manger mit
seiner Familie die alte Burg und zog nach Marburg.
Im Jahre 1800 schrieb ich eine kleine Skizze für die
Zeitschrift „Hessenland“. Herr Geheimen Regierungsrat,
Professor Dr. Welde, weilend in Marburg, gab mir das
Material dazu. Dasselbe bestand in Briefen der Frau
von Manger, der Frau Oberleutnant von Schmidt usw.
auch in Schilderungen des damaligen Lebens auf der alten
Feste von Dr. Martin Hodde, dem Enkel des Herrn
Professors Welde, einem Freiheitskämpfer. Das „fidele
Gefängnis“ wurde zu jener Zeit die Feste Spangenberg
genannt, wovon mancher hübsche Zug in dem Briefwechsel
zu lesen ist.“

Habe noch circa 20 qm neues

Fenster-Glas

3. Sorte, in Tafeln, 60x70 cm., da überzählig, abzugeben.

Georg Pasche,

Gärtner.

Die durch den Anschluß an die Ueberlandzentrale
auszuwechselnden

Glühlampen

werden, wenn gut erhalten, preiswert gekauft. Näheres
beim Stadt. Wasserstr. Küllmer.

J. A. Brandt jr., Cassel.

Back- und Biddingspulver, Corinthen
Rosinen, Mandeln, feinste Margarine-
Pflanzenbutter, Vanille, Vanillezucker
Syrup, Rumpfhonig, Naturhonig, Honig-
kuchen-Backpulver, Gelatine, Zitronen
Hasel- und Wallnüsse, Pfefferkuchen
Christbaumkerzen.

Neu eingetroffen:

Braune, schwarze und graue Strickwolle

in bekannt guten Qualitäten, per Pfd. von 90 Mf. an.
Jakob Walter, Oberdorf 258.

Empfehle

Weihnachtsbäume

Georg Pasche, Gärtner.

Eine guterhaltene

Bettstelle mit Matraße

wegen Mangel zu verkaufen.

Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Einige Stämme

Nutzholz

(Pflanzen, Kirschen, Birnen)

Knüppel-Brennholz 1,5 m

Reißig 5 m

Sollen Donnerstag um 2 Uhr meistbietend gegen Bar-
zahlung verkauft werden.

Burgsch.

Der erste Tag in Brüssel.

Der Bericht der deutschen Delegierten.

Der erste Akt der Wiederherstellung der Verhandlungen hat am Donnerstag mit dem Zusammenkommen der internationalen Sachverständigenkonferenz in Brüssel seinen Anfang genommen. Gemeinsam mit den alliierten Delegierten werden sich die deutschen Sachverständigen mit den Unterlagen zur Festlegung der deutschen Kriegsschuld befassen. Die endgültige Festlegung der Wiedergutmachung und der Zahlungswelche ist demnächst einer späteren Konferenz in Genf vorbehalten.

In der Vormittags Sitzung gab Staatssekretär Schröder zunächst einen allgemeinen Überblick über die finanzielle Lage des deutschen Reiches, von der alle die Lösung des Reparationsproblems abhängt, und erläuterte im Anschluß daran die deutschen Zustände, die der Konferenz überreicht worden sind und welche die künftigen Anforderungen, die finanziellen Belastungen, den Stand der Einnahmen und Ausgaben und die Vermehrung der schwebenden Schuld seit Ende des Krieges erläuterten. Mehrere Mitglieder der Konferenz stellten über diese Gegenstände Fragen und erhielten Erklärungen und ergänzende Dokumente.

Der Präsident des Vorkomitees.

Am Donnerstag sprach der Präsident des Vorkomitees, Dr. Gatenstein, über die Geldlage und den Notenumlauf. Zunächst stellte Gatenstein die Zahlen richtig, die Deutschland auf der Berliner Finanzkonferenz über seine Handelsbilanz angegeben hatte. Demnach wurde festgelegt, daß Deutschland eine aktive Handelsbilanz habe. Dagegen ist jetzt bei genauerer Prüfung festgestellt worden, daß für das erste Halbjahr 1920 der Wert der Einfuhr um 25 Milliarden größer ist, als der der Ausfuhr, also eine passive Handelsbilanz, die bedeutet, daß Deutschland im Monat 6 Milliarden mehr Güter einführt, als ausführt. Eine Besserung der deutschen Handelsbilanz bedeutet eine Besserung der Zahlungsbilanz Deutschlands, ferner von der Wiederkehr der Ordnung in den öffentlichen Finanzen, einer guten Organisation aller deutschen Verwaltungszweige, Sparmaßnahmen und vor allen Dingen intensiver Arbeit der deutschen Völker, die aber wiederum von der Beseitigung des deutschen Handels im Ausland abhängt. Zum Schluß wies Gatenstein darauf hin, daß auch sehr viel davon abhängt, daß Deutschland seine Kriegsschuld zahlen müsse, die seine Kraft übersteige.

Frankreich wird die Vorschläge Deutschlands „prüfen“. Wie aus Paris gemeldet wird, wird Frankreich die Dinge nicht bis zum Verkerben treiben. Seine Vertreter werden Deutschlands Vorschläge, wenn sie überhaupt diskutierbar sind, prüfen in dem Bestreben, zu einem günstigen Ziele zu gelangen. In Paris freilich ist man allgemein bereit, Deutschland entgegenzukommen unter der Bedingung, daß Deutschland nicht noch einmal versucht, sich hinter dem Vorwand der Leistungsunfähigkeit zu verschließen.

Der Ruf nach der Friedensrevision.

Reichswirtschaftsminister Scholz hielt in der Bremer Handelskammer eine Ansprache, aus der die folgende Stelle mit Rücksicht auf die Brüsseler Tagung von besonderem Interesse ist:

Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage dürfen wir nicht außer acht lassen, daß unsere Wirtschaft unter dem Druck der untraglichen Lasten des Friedensvertrages steht. Überall, wo von deutscher Wirtschaft und ihrer Verteilung gesprochen wird, muß vor allem gefordert werden die Revision des Festgestellten Friedensvertrages. Ein Emporkommen der deutschen Wirtschaft ohne Beseitigung der Forderungen des Friedensvertrages ist unmöglich. Wir müssen daher die Revision des Friedensvertrages nicht als einen bloßen Wunsch, sondern als eine Forderung betrachten, die sich nicht verwirklichen lassen soll.

Der Minister kam anschließend auf das Attentat von Spa zu sprechen, das unsere Wirtschaft in so hohem Maße bedrückt und ihr, je länger es andauert, desto tiefere Wunden schlägt. Der Minister hofft, daß die neuen Verhandlungen eine merkwürdige Entlastung des Spa-Blutens bringen werden.

Deutschlands Zahlungsschwierigkeiten.

Eine deutsche Note zum Ausgleichsverfahren.

Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages sind die deutschen Zahlungen und die alliierten Zahlungen auf die gleiche Weise zu leisten. Die deutschen Zahlungen sind durch Vermittelung von Banknoten und Wertpapieren zu bewerkstelligen. Die alliierten Zahlungen sind durch die Ausgabe von Wertpapieren zu bewerkstelligen.

Die Zahlungen der letzten Monate aus dem Ausland.

Die Zahlungen der letzten Monate aus dem Ausland haben aber eine Höhe erreicht, die über die deutschen Zahlungen auf die Dauer nicht die Waage halten lassen würden, die für den Unterhalt der Bevölkerung unbedingt erforderlich sind. Die deutsche Regierung hat sich bemüht, die Zahlungen durch die Ausgabe von Wertpapieren zu bewerkstelligen. Nach Artikel 133 hat Deutschland einen Anspruch darauf, daß es durch die Auslieferung des Vertrages nicht der Mittel zur Anschaffung der Lebensmittel und Rohstoffe beraubt wird, deren es zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen bedarf. Die Reichsregierung hat sich daher zum Zweck einer anderweitigen Regelung die Verhandlungen mit England und Frankreich als Verhandlungen gestellt. Die Verhandlungen darüber haben bisher zu einem Ergebnis nicht geführt, die Reichsregierung hat daher den deutschen Standpunkt in einer neuen Note an die alliierten nochmals ausführlich dargestellt. Aus der Note geht hervor, daß die englische und französische Regierung Mitte Oktober den deutschen Antrag auf vorläufige Stundung der immer ungeheurer anwachsenden Zahlungen der letzten Monate aus dem Ausland nicht der Mittel zur Anschaffung der Lebensmittel und Rohstoffe beraubt wird, deren es zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen bedarf.

Die Zahlungen der letzten Monate aus dem Ausland.

Die Zahlungen der letzten Monate aus dem Ausland haben aber eine Höhe erreicht, die über die deutschen Zahlungen auf die Dauer nicht die Waage halten lassen würden, die für den Unterhalt der Bevölkerung unbedingt erforderlich sind. Die deutsche Regierung hat sich bemüht, die Zahlungen durch die Ausgabe von Wertpapieren zu bewerkstelligen. Nach Artikel 133 hat Deutschland einen Anspruch darauf, daß es durch die Auslieferung des Vertrages nicht der Mittel zur Anschaffung der Lebensmittel und Rohstoffe beraubt wird, deren es zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen bedarf. Die Reichsregierung hat sich daher zum Zweck einer anderweitigen Regelung die Verhandlungen mit England und Frankreich als Verhandlungen gestellt. Die Verhandlungen darüber haben bisher zu einem Ergebnis nicht geführt, die Reichsregierung hat daher den deutschen Standpunkt in einer neuen Note an die alliierten nochmals ausführlich dargestellt. Aus der Note geht hervor, daß die englische und französische Regierung Mitte Oktober den deutschen Antrag auf vorläufige Stundung der immer ungeheurer anwachsenden Zahlungen der letzten Monate aus dem Ausland nicht der Mittel zur Anschaffung der Lebensmittel und Rohstoffe beraubt wird, deren es zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen bedarf.

ten Monatsforderungen der Alliierten ausgleichsam abgelehnt haben.

Der Antrag wurde daraufhin Mitte November wiederholt mit dem Hinweis, daß die Verantwortung dafür, auch im Dezember das deutsche Defizit zu decken, auf die Alliierten zu verlagern, abgelehnt werden konnte.

Vorläufig keine Begleichung der Dezemberraten.

Dementsprechend hat das deutsche Ausgleichsamt die beteiligten fremden Ausgleichsbanken benachrichtigt, daß es bis auf weiteres von der Verzinsung der im Dezember fällig gewordenen Salden absehen müsse. Der belgischen Regierung ist eine gleiche Benachrichtigung übergeben worden.

Nach Auffassung der deutschen Regierung ist es erforderlich, daß sich namentlich auch die Niederlande, die sich in der Vergangenheit mit der Angelegenheit befaßt haben, an der Lösung der Angelegenheit beteiligen und auf die beteiligten alliierten Regierungen dahin einwirken, daß sie den deutschen Standpunkt anerkennen.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Alle Oberschlesier sollen in ihrem Heimatland abstimmen.

Die Vorkonferenz nahm Kenntnis von den abschlägigen Antworten Polens und Deutschlands über den alliierten Vorschlag einer Abstimmung der ober-schlesischen Bürger in Köln. Man beschloß, im Prinzip zu der auf der Londoner Konferenz vorgeschlagenen Lösung zurückzukehren, dahingehend, daß die gebürtigen Oberschlesier in ihrem Heimatland abstimmen dürfen, jedoch 15 Tage nach den Einwohnern. Dazu ist noch die Zustimmung des Grafen Sforza nötig, die außer Frage steht.

Die deutsche Regierung hat in ihrer Antwort auf den Ententevorschlag wegen der Kölner Abstimmung keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland eine getrennte Abstimmung in Oberschlesien niemals anerkennen kann. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages muß die Abstimmung in Oberschlesien an einem einzigen Tage durchgeführt werden. Eine zeitliche Trennung der Abstimmungsstermine würde dem Sinn und dem Wortlaut des Vertrages widersprechen und wird daher von der deutschen Regierung und dem ganzen deutschen Volk mit Recht abgelehnt.

Polnische Falschmeldungen.

Der Katowitzer Berichterstatter des „Kurjer Warszawski“ meldet, Deutschland habe beschloffen, sich an eine Ententeentscheidung zu wenden, um die ober-schlesische Frage ohne Abstimmung zu lösen. Man beabsichtige, Polen eine Teilung der landwirtschaftlichen und der Industriegebiete vorzuschlagen.

Die Meldungen ähnlicher Art seit einiger Zeit in der polnischen und der französischen Presse aufzuweisen und diese angelegenen Pläne sogar mit dem deutschen Bevollmächtigten bei der Internationalen Kommission in Dypeln in Verbindung gebracht worden sind, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß von irgend einer amtlichen oder nichtamtlichen deutschen Seite derartige Pläne oder Beschlüsse weder gefaßt, noch der Regierung übergeben worden sind. Die deutsche Regierung hält unbedingt an den Bestimmungen des Friedensvertrages fest, die für Oberschlesien eine freie, geheime und unbeeinträchtigte Volksabstimmung vorsehen. Es handelt sich offenbar um einen Wunsch der Polen, welche dem Ergebnis der Abstimmung gemäß dem Friedensvertrage mit berechtigter Sorge entgegensehen.

Eine Erklärung des ober-schlesischen Zentrumsführers.

Der Führer der ober-schlesischen Zentrumspartei, Max Müller, Mitglied des Reichstages, der in der ober-schlesischen Bewegung an erster Stelle steht, veröffentlicht in der zentrumsförmigen „Volksstimme“ eine Erklärung, die sich auf den bekannten Entschluß des Erzbischofs von Breslau bezieht, der den Geistlichen das Recht zur politischen Agitation in Oberschlesien abzuschneiden will.

In der Erklärung des Abg. Müller heißt es u. a.:

„Woll man sich gegenwärtig nicht an der Verwirklichung der Freiheit und des religiösen Lebens schädigenden politischen Verletzung gewisser polnischer Geistlicher und zur Begründung des Widerstandes gegen den bekannten Entschluß des hochwürdigen Herrn Kardinal-Erzbischofs von Breslau, wenn auch mit Unrecht, auf meine politische Betätigung, weil ich habe ich mich entschlossen, über die Fragen der Volksabstimmung in Oberschlesien nicht öffentlich zu reden, auch dann nicht, wenn die Bedingungen des kirchlichen Erlasses erfüllt sind. Ich lege dabei voraus, daß polnisch orientierte Geistliche nun auch ihrerseits die gleiche Haltung im Abstimmungsamt einnehmen werden.“

Dieser Entschluß ist der beste Beweis dafür, daß der kirchlichen Erlasse ein Unrecht von der polnischen Geistlichen Oberschlesien als Mitschuldige an der gegen die polnisch geführte Geistlichkeit zugunsten der deutschen Propaganda bezeichnet wird.

Der Berg- und Hüttenmännische Verein Kattowitz hat für die Ermittlung der Bergarbeiter, die das Katowitzer Kohlenfeld in die Luft sprengt haben, eine Belohnung von 30 000 Mark ausgesetzt.

Politische Rundschau.

Berlin, 18. Dezember 1920.

Reichspräsident Ebert hat Dr. Brüning als Reichspräsidenten ernannt.

Im Hauptamt wurde eine Erklärung der Reichsregierung über die Reichsfinanzminister einberufen.

Der Reichspräsident hat die Reichsregierung ernannt.

Der Reichspräsident hat die Reichsregierung ernannt.

trag der Unabhängigen auf heute. Sonnabend, einberufen werden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der „andauernde Lage“.

Die Schwedische Regierung hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag zum 16. März 1921 verlängert.

Im bayerischen Landtag hat sich eine Kommission zur Bereinigung staatsrechtlichen Angelegenheiten gebildet. Die Kommission soll die Angelegenheiten der bayerischen Staatsverwaltung von denen über noch in Kraft sind.

Im bayerischen Landtag wurde gegen die Entlassung der Sozialisten der demokratische Antrag auf die Entlassung des Justizministers in dieser Angelegenheit angenommen.

Die Lieferung des Flugzeugmaterials.

Der Reichstag hat die Lieferung des Flugzeugmaterials an die Alliierten genehmigt. Die Lieferung des Flugzeugmaterials an die Alliierten ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Lieferung des Flugzeugmaterials an die Alliierten ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Lieferung des Flugzeugmaterials an die Alliierten ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld.

Die Besetzungsvorlage im Reichstag angenommen.

Am Donnerstag hat der Reichstag die Besetzungsvorlage angenommen. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld.

Die Besetzungsvorlage im Reichstag angenommen.

Am Donnerstag hat der Reichstag die Besetzungsvorlage angenommen. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld.

Die Besetzungsvorlage im Reichstag angenommen.

Am Donnerstag hat der Reichstag die Besetzungsvorlage angenommen. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld.

Die Besetzungsvorlage im Reichstag angenommen.

Am Donnerstag hat der Reichstag die Besetzungsvorlage angenommen. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld.

Die Besetzungsvorlage im Reichstag angenommen.

Am Donnerstag hat der Reichstag die Besetzungsvorlage angenommen. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld.

Die Besetzungsvorlage im Reichstag angenommen.

Am Donnerstag hat der Reichstag die Besetzungsvorlage angenommen. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld.

Die Besetzungsvorlage im Reichstag angenommen.

Am Donnerstag hat der Reichstag die Besetzungsvorlage angenommen. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld.

Die Besetzungsvorlage im Reichstag angenommen.

Am Donnerstag hat der Reichstag die Besetzungsvorlage angenommen. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld. Die Besetzungsvorlage ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsschuld.

enthalten
ung des
Schleier
den Reichs
Gedanke
men.
ung?
ung des
stischer
Sten
ffen. Bon
stimmung
nigigt
Deit
finanz
gestimmt
in e ent
nahme mit
affin
28 17 1/2

ist ein ganz unhaltbarer Zustand, daß zwei Regierungsparteien in dieser Weise an der Weisheit tanzen und merbe sofort dem Reichstag über das Abstimmungsresultat Bericht erstatten und behalte sich weitere Schritte vor.

Am Nachmittag fand im Reichstag eine Sitzung des Reichsbüros statt, an der der Reichsminister, der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und einige anwesende in aller Eile herbeigerufene Kabinettsmitglieder teilnahmen. Wie verlautet, vertritt im Kabinett die Auffassung vor, daß, sobald die Deutsche Volkspartei und die Demokraten ihre Abstimmung nicht einer Resolution unterziehen, ein Rücktritt des gesamten Kabinetts nicht zu vermeiden sei. In parlamentarischer Hinsicht sieht man dagegen nicht so schwarz und erwartet mit Bestimmtheit eine friedliche Beilegung des Konfliktes. Keine der Parteien des Reichstages, am allermeisten aber die Koalitionsparteien, wünschen gerade jetzt einen Regierungswechsel oder auch einen Wechsel in einzelnen wichtigen Ministerien. Man rechnet damit, daß es gelingen wird, im Wege eines Kompromisses die Spannung zu beseitigen.

Rundschau im Auslande.

Weges Österreich sind noch vier Staaten, Bulgarien, Rumänien, die Türkei und Ungarn, in den Balkan nicht eintreten worden.
Der König und die Königin von Dänemark sind dem Papst und dem Kardinalstaatssekretär Salbardi Besuch abgestattet.
Die norwegischen Eisenbahnen haben mit großer Mehrheit beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.
Das südtürkische Kabinett beschloß in zurückgelassenen.
Der rumänische Justizminister Ciocanu, der bei Parlamenten im Senat schwer verurteilt worden ist, ist geflohen.
Das nordamerikanische Kongresshaus hat einen Änderungsbescheid angenommen.

Genève: Der neuere internationale Gerichtshof, der die Völkerbundorganisation stellt an ihre Spitze, eine ganz bedeutende Anforderung in finanzieller Hinsicht. Die Kommission hat beschloßen, der Versammlung der Gelehrten für den Internationalen Gerichtshof vorzutragen: 15,000 Gulden für die Arbeit, außerdem für ein Mitglied 150 Gulden täglich während eines Monats in Haag. Der Vorschlag erhält 500 Stimmen täglich. In lange er die Funktionen des Völkerrechts erfüllt. Die Richter erhalten 100 Gulden täglich Entlohnung, wenn für die Arbeit ist außerhalb des Haag beschäftigt. Seine Arbeit erhalten 150 Gulden täglich. Mitglieder des Haag und 20 Gulden täglich in Haag. Der Vorschlag enthält ein Budget, das die Kosten der Arbeit enthält. Er über die Kosten der Arbeit enthält ein Budget, das die Kosten der Arbeit enthält. Er über die Kosten der Arbeit enthält ein Budget, das die Kosten der Arbeit enthält.

Wien: Arbeiter der Textilindustrie. Der kommunistische Generalstreik ist zum Erfolg gekommen. Die Arbeiter haben die Forderungen der Streikkommission erfüllt. Aus allen Orten wird die Arbeiter zur Arbeit gemeldet. In dem Kommunistischen Klub hat eine Sitzung der Arbeiter stattgefunden. Die Arbeiter haben die Forderungen der Streikkommission erfüllt. Aus allen Orten wird die Arbeiter zur Arbeit gemeldet. In dem Kommunistischen Klub hat eine Sitzung der Arbeiter stattgefunden.

Sport und Verkehr.

Die eisernen Flugzeuge freigegeben. Die amerikanische Flotte bestimmt die eisernen Flugzeuge freigegeben. Die amerikanische Flotte bestimmt die eisernen Flugzeuge freigegeben. Die amerikanische Flotte bestimmt die eisernen Flugzeuge freigegeben.

Die Deckerregulierung. Der preussische Landesparlament ist von den Ministern der Landwirtschaft und der Finanzen ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, der die weitere Gebühre in Höhe von 50 Millionen für die Regelung der Hochwasser, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder fordert.
Geplanter Ausbau des deutschen Fernsprechnetzes. Die „Nationalzeitung“ berichtet, daß im Reichspostministerium Pläne ausgearbeitet worden, die ein sehr wirkungsvoller Ausbau des gesamten deutschen Fernsprechnetzes vorsehen. Die Pläne sehen eine unterirdische Kabelverbindung mit allen wichtigen deutschen Städten vor und es ist damit eine wesentliche Verbesserung der gesamten Fernsprechleitung zu erwarten. Das Reichspostministerium glaubt, dem Plan jedoch augenblicklich nicht näherkommen zu können, da er zu große Kosten verursacht. Der Vorschlag für die Durchführung des Planes hat die Summe von mehr als vier Milliarden ergeben. Inwieweit man die Pläne weiter verfolgen wird, ist unklar.

Lokales.

Das Herannahen des Weihnachts- und Neujahrsvorjahrens gibt Anlaß, das Publikum darauf hinzuweisen, daß es in eigenen Vorteil des Abenders die Postsendungen mit möglichst genauer Aufsicht zu versehen. Auf Briefsendungen nach den Provinzen muß außer der Wohnadresse des Empfängers

(Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Straßenzahl, usw.) noch der Postbezirk (z. B. in Berlin C., N., SW, usw.) und die Nummer der Briefkastennummer angegeben werden. Bei dem lebhaften Verkehr, besonders zu Festzeiten, können Sendungen ohne Angabe des Postbezirks und der Briefkastennummer nicht so rechtzeitig in die Briefkästen gelangen wie Sendungen mit vollständiger Aufsicht.

Der Wunschzettel ist eine ehrenwürdige Ueberlieferung und steht hoch in Ehren, mag gleich bei den Kleinen die Fingigkeit der Erfüllung der Wünsche in der Wirklichkeit überlegen sein. Aber Kinder gemittelt ist ja so leicht zufrieden gestellt, wenn es nur die Liebe sieht. Anders sieht es mit dem Wunschzettel der Großen, den stillerbestimmten Andeutungen. So hat manche Hausfrau ihre liebe Sorge, was sie der armen Töchter, den stillerbestimmten Andeutungen. So hat manche Hausfrau ihre liebe Sorge, was sie der armen Töchter, den stillerbestimmten Andeutungen.

Das Kassenbuch. Kurz vor Weihnachten hat der Reichstag mit dem Verbot des Kassenbuches einen wichtigen Schritt gemacht. Das Kassenbuch ist ein Buch, das die Einnahmen und Ausgaben eines Geschäftsbetriebes enthält. Es ist ein wichtiges Dokument für die Steuerbehörden. Der Reichstag hat beschlossen, das Kassenbuch zu verbieten. Das Kassenbuch ist ein Buch, das die Einnahmen und Ausgaben eines Geschäftsbetriebes enthält. Es ist ein wichtiges Dokument für die Steuerbehörden. Der Reichstag hat beschlossen, das Kassenbuch zu verbieten.

Aus Stadt und Land.

Eisenbahnunfall im Eisenfeld. Wäher 10 Tote. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich Donnerstagsabend in der Nähe von Dingelstädt. Ein Zug der Reichsbahn der Eisenbahn, bestehend aus Lokomotive, 1 Personenzug, 1 Personenzug und 19 mit Kaff beladenen Güterwagen geriet, als er eine starke Steigung zu überwinden hatte, infolge der Glätte, des starken Gefälles und des Juges der schwerbeladenen Kaffwagen ins Rollen und lief nach seinem Ausgange zurück. Infolge der Unfälle wurden 10 Personen getötet und viele verletzt. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht bekannt.

Großfeuer in Berliner Polizeipräsidium. Auch noch nicht aufgeklärter Ursache breitete sich Donnerstagsabend im Berliner Polizeipräsidium ein großes Feuer aus, durch das viele Archivalien zerstört wurden. Beim Eintreffen der Feuerwehr erfolgte eine heftige Explosion, die wahrscheinlich durch Entzündung größerer Mengen Sprengstoffe verursacht wurde. Der Dachstuhl wurde in einer Breite von 100 Metern in die Höhe gesprengt und stürzte dann tragend in die Tiefe. Der dritte und vierte Stock sind völlig ausgebrannt. Zahlreiche Akten, u. a. die Kartei des Berliner Polizeipräsidiums, sind in Rauch aufgegangen. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

Der verschobene Flugzeugpark. Im Walde bei Bad Sauerbrunn (bei Detmold) wurden Teile eines Flugzeugparkes im Werte von über einer Million Mark aufgefunden, die offenbar dahin transportiert worden waren, um von dort aus verschoben zu werden. Das vorgefundene Material, das u. a. acht große Motoren mit acht Flugzeugmotoren, Propellerstücken usw. enthält, wurde von den Behörden beschlagnahmt. Es handelt sich um Sprengstoff, das auf Verlangen der Entente vernichtet werden sollte.

Polnischer Raubüberfall in Oberschlesien. In Katowitz drangen 40 bis 50 mit Revolvern ausgerüstete Banditen in das Verwaltungsgebäude und die Schatzkammer der Schellschütte ein, wo sie den Ingenieur Ebel festsetzten und ausplünderten. Darauf drangen sie in die Kassenräume der Hütte ein, erbrachen den Geldschrank und raubten etwa 195,000 Mark. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Generalstreik in Halle. Auf Veranlassung der Regierung wurde am Donnerstag der polnische Reichsdirektor des neuorganisierten „Halleischen Volksrats“ Dr. Viktor Steen verhaftet, um als lästiger Ausländer über die Grenze abgeschoben zu werden. Da der Ausweisungsbefehl nicht zurückgenommen wurde, proklamerte die kommunistische Parteileitung sofort den Generalstreik. Die halleische Arbeiterschaft trat daraufhin in fast sämtlichen Fabriken in den Ausstand. Auch die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes haben die Arbeit niedergelegt. Der Straßenbahnverkehr ruhmäßig geblieben, ganz Halle ist ohne elektrischen Verkehr. Die meisten Geschäfte haben geschlossen. Die kommunistische Aktion hat mit Hilfe der Anführer

igen in der Preussischen Landesversammlung einen Antrag eingebracht, der vom Minister des Innern die sofortige Zurücknahme der Ausweisung verlangt. Freitag vormittag wurde der Streik von den Kommunisten abgeblasen, da man sich von einer Streikbewegung wegen der ungünstigen Zeit absehen nicht erwartete. Erfolg versprach.

Über 100 Berliner Hotelrestauranten geschlossen. Sämtliche im Vorhabe der Hotelbesitzer angekauften 100 Hotels haben ihre Küchenbetriebe geschlossen. Nicht einmal Getränke werden in den Hotels verabreicht. Das einzige, was verabreicht wird, ist Bier. Das einzige, was verabreicht wird, ist Bier. Das einzige, was verabreicht wird, ist Bier.

Zwangsentwaffnung in Groß-Berlin. Bereits in Frankfurt am Main und Hamburg mit Zwangsweisen Einziehung der Waffen begonnen worden ist, hat am Freitag auch in Berlin die erste Durchsichtung stattgefunden. Es ist als erster Stadtteil der Berliner Westen in Angriff genommen worden, und zwar die Gegend des bayerischen Platzes. Zur Durchführung der Aktion waren mehrere Hundertkisten der Grünen Polizei angeworben. Neben den Wohnungen wurden auch die Kellerräume und die Dachböden in die Untersuchung einbezogen. In den nächsten Tagen wird die Revision in anderen Stadtteilen fortgesetzt. Als Kuriosum wird mitgeteilt, daß in dem Wohngebiet am Bayerischen Platz auch die Wohnung des Reichskommissars für Gewerbe, Dr. Peters, sich befindet, und daß auch die Räume dieses Hauses ohne Ausnahme in gleicher Weise durchsucht wurden, wie die übrigen.

Museumsbrand in Eisenach. Durch einen Feuerbrand im Thüringer Museum in Eisenach wurde ein Teil der Aufstellungsgegenstände vernichtet. Es wurden ein Schrank mit wertvollen Thüringer Porzellanen, ferner ein Werk von Lucas Cranach, dem Maler, „Muschelstube“ und ein Jugendstück von Jan Breugel zerstört. Durch das Feuer ist ein Material- und Kunstwertschaden von über 200,000 Mark entstanden.

Großfeuer auf einer Hamburger Yacht. In der Hamburger Elbe-Schiffahrt N. O. in Wilhelmshafen brach ein Feuer aus, das die Yacht und große Mengen von Holz zu Zerstörung vernichtete. Der Schaden ist sehr bedeutend. Die Hamburgische Feuerwehr konnte wegen des Treibens auf der Elbe nicht zur Brandstätte vordringen.

Eisenbahnunfall bei Wien. Auf der Wiener Nordbahnstrecke ist zwischen Eiselbrunn und Kagran infolge falscher Weisung ein Personenzug auf einen Güterzug aufgefahren. Dabei wurden zahlreiche Personen verletzt.

kleine Nachrichten.

Die deutsche Kinderhilfe hat in Berlin bisher einen Betrag von 3½ Millionen Mark gebracht, den man bis Weihnachten auf 10 Millionen zu steigern hofft, um nur einen Teil der dringenden Aufgaben zu erfüllen.
Die amerikanischen Quäker haben ebenfalls über 9 Millionen für die Kinderhilfe in Deutschland gespendet.
Im Haag sind die Zwelven einer Scharpfeilerin zugunsten der Blinden Kinder verhaftet worden. Das Ergebnis beträgt etwa zwei Millionen Mark.
Die bekannte englische Sozialpolitikerin Frau Bayton, die sich seit einiger Zeit zum Studium der Lebensverhältnisse und besonders des Kinderlebens in Deutschland aufhält, ist von der Internationalen Militärkommission aus Deutschland ausgewiesen worden, da sie nicht im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis war.
Der Streik der Düsseldorfischen Buchdrucker, der seit dem 19. November anfing, wurde beendet. Die Arbeit wurde jetzt von den tariflichen Bedingungen wieder aufgenommen.
Die Frankfurter Postbeamten drohen mit dem Streik, falls der Reichsverband der Postbeamten den Erbschaftssteuer vom Januar nicht aktiv wieder aufnimmt.

DER STURZ DER POLNISCHEN VALUTA IM NOVEMBER 1920



Wichtige Mitteilung!

Ein Vorurteil

welches jeder Grundlage entbehrt, trifft man häufig in Kreisen einer verehrt. Kundschaft.

In der Annahme,

Uhren, Goldwaren, optische Artikel

seien zu teuer, läßt sich mancher vom Kaufe eines solchen Gegenstandes abhalten. Unsere Fabrikanten haben aber mit Erfolg auf eine entsprechende billigere Preisstellung hingewirkt, so daß jedermann in der Lage ist, sich ein schönes passendes

Weihnachts-Geschenk

bei mir einzukaufen.

Friedmann's

Uhrhandlung u. Reparaturwerkstatt.

Koch- und Viehsalz

liefert in Säcken billig

Richard Mohr.

Ia. Rotkleesamen

feinste Qualität, 95-98% keimfähig.

Seidefrei

laut Attest der landwirtschaftlichen Versuchstation Garchshausen offeriert

Richard Mohr.

Verreist!

Die Zahnpraxis bleibt vom 21. bis einschl. 29. Dezember

geschlossen

Paula Nienhaus,
Spangenberg

Ia. Bohnerwachs weiss

Ia. Möbelwachs

Ia. Vaseline-Lederfett

alles in Friedensqualität.

Richard Mohr, Spangenberg.



Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, meinen lieben Mann, unsern lieben Vater, Schwiegervater und Großvater, den

Maurermeister

Heinrich Schanze

im Alter von 63 Jahren nach kurzem schweren Leiden gestern Abend 9 Uhr zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Familie Schanze

Familie Lange.

Elberdorf, Cassel-W., den 22. Dezember.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 25. Dezember, nachmittags 2 Uhr statt.

Günstiges Weihnachtsangebot!

Außerst billig und preiswert!

Hemdentuche

beste Qualität von M. 16.— an

Hemdenbarchent

gestreift und weiß von M. 18.— an

Kleiderstoffe

in Wolle und Baumwolle.

Bieber

von M. 35.—, 27.— und 23.— an

Herrenanzugstoffe von M. 85 an

Bettzeuge von M. 20 an

Bettbarchent

140 und 150 cm. von M. 60.— an

Normal und Makkohemden

von M. 48.— an

fertige weiße und farbige Unterröcke
Schürzen, Damenreformbeinkleider

Sämtliche Futterstoffe, sowie alle Zutaten für die Schneiderei in nur besten Qualitäten.

Obertor 258

Jakob Walter

Obertor 258

Keine künstlichen Dünger mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die

„Gohn'sche Dünger-Kultur“

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen mühe- und kostenlos um das drei- und mehrfache zu vermehren. Keine Anschaffung von Rohstoffen oder künstlichen Hilfsmitteln nötig, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlosen und jetzt zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe in unerhörlichem Maße für immer in seinem Anwesen vorrätig hat.

Durch die „Gohn'sche Dünger-Kultur“ kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln.

Deutsches Reichspatent, D. R. G. M. und Auslandspatente in allen Kulturstaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Lizenz) nebst allen Einzelheiten, wie: Lizenzurkunde, Verfahren und Anleitung zur Ausführung, wird an jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von nur 50.— Mark gegen Voreinlösung des Betrages oder Nachnahme oder auf Postcheckkonto 18784 Frankfurt a. M. abgegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein belehrendes Buch, sondern um das Ausbeutungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unschätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Wer das Benutzungsrecht dieses Verfahrens (Lizenz) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentgesetze bis zu 1 Jahr Gefängnis und 50 000.— Mark Geldbuße bestraft und ist Schadenersatzpflichtig.

Landwirte! Nichtet Euch für die Frühjahrssaat und bestellt sofort die „Gohn'sche Dünger-Kultur“, wenn Ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt!

Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier gebrachte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht.

Deutsche Düngemittel-Industrie

Max Gohn, Wiesbaden, Nerotal 14

Pianofabrik

A. Schade

Cassel, Wörthstraße 2.

Geogr. Bahnhofstraße

(gegr. 1881) Fernsp. 39/45

Neue u. alte Instrum.

Reparat., Umbauten,

Stimmungen,

Billigste Berechnung.

Zukunft!

Charakter, Geleben, Reichthum, Glück wird nach Astrologie (Sternendutung) berechnet. Nur Geburtsdatum und Schrift einfinden. Viele Dankschreiben aufzuweisen.

Thewo, Hannover

Postfach.

Zu verkaufen ein gut erhaltenes

Schellen-

Geläute

v. Marshall.

Ein trachtiges

Schweizer-Lamm

zu verkaufen.

Lehrer Schmidt,

Landefeld.

Die glückliche Geburt eines gesunden

Mädchens

zeigen in dankbarer Freude an.

Gemeindefekretär J. Huell u. Frau
Erna geb. Schneider.

Berlin-Tegel, den 15. Dezember 1920.
Schlieperstr. 76.

Apfelsinen u. Citronen

Ia. Sellerie

eingetroffen

Richard Mohr.

Eine fast neue

Nähmaschine

zum Treten (Schwingschiffchen)

und ein gut erhaltener

Tisch und Stühle

wegen Mangel zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. dieser Zeitung